

Münchener Anwaltshandbuch Familienrecht

von

Klaus Schnitzler, Wolfgang Arens, Hansmanfred Boden, Prof. Dr. Günter Brambring, Jacqueline Bräuer, Arnim Cremer, Michael Daumke, PD Dr. Peter Finger, Dr. Peter Friederici, Dr. Ingrid Groß, Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz, Frauke Günther, Dirk Hoffmann, Dr. Heinrich Hormuth, Dr. Dietrich Joswig, Linde Kath-Zurhorst, Jörg Kleinwegener, Dr. Frank Klinkhammer, Dr. Undine Krebs, Sima Kretzschmar, Christiane Lang, Dr. Angelika Markwardt, Dr. Lothar Müller, Ingeborg Rakete-Dombek, Ernst Sarres, Reinhardt Wever

4. Auflage

[Münchener Anwaltshandbuch Familienrecht – Schnitzler / Arens / Boden / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Familienrecht: Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64958 5

beck-shop.de

Klaus Schnitzler (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Familienrecht

beck-shop.de

Münchener Anwalts Handbuch Familienrecht

Herausgegeben von

Klaus Schnitzler

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Euskirchen

Bearbeitet von:

Wolfgang Arens, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Bielefeld; *Hansmanfred Boden*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Köln; *Dr. Regina Bömelburg*, Richterin am Oberlandesgericht Köln; *Prof. Dr. Günter Brambring*, Notar a.D. in Köln; *Jacqueline Bräuer*, Ass. iur., Leitende Justiziarin in München; *Arnim Cremer*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Köln; *Michael Daumke*, Leitender Regierungsdirektor a.D. in Berlin; *Priv. Doz. Dr. Peter Finger*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Frankfurt am Main; *Dr. Peter Friederici*, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Naumburg a.D.; *Dr. Isabell Götz*, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München; *Dr. Mathias Grandel*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Augsburg; *Dr. Ingrid Groß*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Augsburg; *Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz*, Notar in Regen; *Frauke Günther*, Richterin am Amtsgericht a.D., Marburg; *Dirk Hoffmann*, Richter am Oberlandesgericht Bremen; *Dr. Heinrich Hornmuth*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Familienrecht und Fachanwalt für Versicherungsrecht in Hamm; *Dr. Dietrich Joswig*, Vorsitzender Richter am Landgericht a.D., Rechtsanwalt in Bonn; *Linde Kath-Zurhorst*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Kürten; *Jörg Kleinwegener*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Detmold; *Dr. Frank Klinkhammer*, Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe; *Dr. Undine Krebs*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in München; *Sima Kretzschmar*, Rechtsanwältin in Berlin; *Christiane A. Lang*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Berlin; *Dr. Angelika Markwardt*, LL. M. Eur., Richterin am Oberlandesgericht München; *Dr. Lothar Müller*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Rastatt; *Ingeborg Rakete-Dombek*, Rechtsanwältin und Notarin, Fachanwältin für Familienrecht in Berlin; *Ernst Sarres*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Familienrecht und Fachanwalt für Erbrecht in Düsseldorf; *Klaus Schnitzler*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht in Euskirchen; *Reinhardt Wever*, Vizepräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Bremen

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2014



beck-shop.de

Zitiervorschlag: MAH Familienrecht/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64958 5

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Das Münchener Anwaltshandbuch Familienrecht kommt vier Jahre nach der dritten Auflage wieder auf den Markt.

Nach den umfangreichen Gesetzesänderungen im Verfahrensrecht und im materiellen Recht, insbesondere beim Unterhalt, beim Versorgungsausgleich und beim Zugewinnausgleich in den Jahren 2008 und 2009 ist in den letzten Jahren die Bereitschaft des Gesetzgebers deutlich zurückgegangen, das Familienrecht zum Gegenstand von Gesetzesänderungen zu machen. Zwischenzeitlich sind zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des neuen Rechts einer Klärung zugeführt worden.

Im Jahre 2013 ist vor allem das Gesetz zur Durchführung des Hager Übereinkommens vom 23.11.2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und Familienangehörigen auf dem Gebiet des internationalen Unterhaltsverfahrensrechts und des materiellen Unterhaltsrechts vom 20.2.2013 zu nennen (BGBl. I Seite 273).

Im Rahmen dieses Gesetzes, das in erster Linie einen verfahrensrechtlichen Inhalt hatte, ist allerdings auch § 1578b BGB einer Änderung unterzogen worden (Stichwort: Bedeutung der Ehedauer im Rahmen der Billigkeitskriterien).

Ferner ist das Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern vom 16.4.2013 zu nennen, das Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) umsetzte. Nach diesem Gesetz ist die Möglichkeit gegeben, dass auch der nichteheliche Vater die gemeinsame elterliche Sorge bezüglich des nichtehelichen Kindes erhält.

Von Bedeutung ist außerdem auch noch das Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vom 21.7.2012 (BGBl. I Seite 1577).

Die Verordnung Nr. 1259/2010 des Rates der EU zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechtes (sog. ROM III Verordnung vom 20.12.2010). Danach ist alles was bisher im IPR-Bereich maßgeblich war weitgehend Makulatur.

Die vorgenannten neuen Gesetze sind ebenso eingearbeitet wie die umfangreiche Rechtsprechung, die inzwischen insbesondere in den Kernbereichen Ehegattenunterhalt, Zugewinnausgleich und Versorgungsausgleich zu neuen Erkenntnissen geführt hat.

Was das Autorenteam anbelangt, sind leider einige Autoren ausgeschieden: So sind Prof. Dr. Bernhard Knittel, Vorsitzender Richter am OLG München a. D., Rechtsanwalt Dr. Walter Kogel (Aachen) und Bernhard Maurer-Wildermann, Vizepräsident des LG Bonn, sowie Rentenberater Rainer Glockner (Karlsruhe) aus dem Kreis der Autoren ausgeschieden. Ihnen gilt mein persönlicher Dank für die tatkräftige Mithilfe, die zu dem Gelingen des Anwaltshandbuchs in den letzten Jahren beigetragen hat.

Neben Rechtsanwältin und Notarin Ingeborg Rakete-Dombek (Berlin) bearbeitet inzwischen Rechtsanwältin Sima Kretschmar (Berlin) den Teil Umgangsrecht. Neben Vizepräsident Reinhard Wever (OLG Bremen) ist nunmehr RiOLG Hoffmann (Bremen) für den Teilbereich Unterhaltsansprüche nicht miteinander verheirateter Eltern (§ 1615l BGB) zuständig. RiOLG Dr. Angelika Markwardt (München) sowie die Fachanwältinnen Dr. Undine Krebs (München) und RAin Christiane A. Lang (Berlin) sind für die weitere Mitarbeit dazugewonnen worden.

Die Bearbeitung berücksichtigt Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Anfang 2014 und umfasst insbesondere auch die Änderung des § 1578b BGB. Auch hier haben wir, wie bisher, eine umfangreiche Zusammenstellung von Rechtsprechung, die den wichtigen Bereich des § 1578b BGB abdeckt.

Allen Autorinnen und Autoren danke ich erneut für die Zeit und Aufwendungen, die sie sich vor allem in der Freizeit zugemutet haben, um dieses Buch zu einem Erfolg zu machen.

Euskirchen, im Februar 2014

Klaus Schnitzler

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXXIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXV

Teil A. Das familienrechtliche Mandatsverhältnis

§ 1 Das familienrechtliche Mandat (<i>Schnitzler/Kath-Zurhorst</i>)	1
§ 2 Berufsrechtliche Fragen (<i>Groß</i>)	30
§ 3 Die Haftung des Rechtsanwalts im Familienrecht (<i>Bräuer</i>)	52
§ 4 Rechtsanwalt und Familienrichter (<i>Schnitzler</i>)	74

Teil B. Unterhaltsrecht

§ 5 Grundsätzliche Fragen des Unterhalts (<i>Friederici</i>)	85
§ 6 Unterhalt für minderjährige Kinder (<i>Bömelburg</i>)	132
§ 7 Unterhalt für volljährige Kinder (<i>Götz</i>)	194
§ 8 Getrenntlebensunterhalt (<i>Grandel/Schnitzler</i>)	242
§ 9 Geschiedenenunterhalt (<i>Schnitzler/Kath-Zurhorst/Grandel</i>)	325
§ 10 Unterhaltsansprüche nicht miteinander verheirateter Eltern (§ 1615I BGB) (<i>Wever/Hoffmann</i>)	
§ 11 Elternunterhalt und Familienunterhalt (<i>Günther</i>)	608
§ 12 Übergang von Unterhaltsansprüchen auf Sozialleistungsträger (<i>Günther</i>)	672

Teil C. Elterliche Sorge und Umgangsrecht

§ 13 Elterliche Sorge (<i>Lang</i>)	743
§ 14 Umgangsrecht (<i>Rakete-Dombek/Kretzschmar</i>)	845

Teil D. Gewaltschutz

§ 15 Häusliche Gewalt und Gewaltschutzgesetz (<i>Müller</i>)	891
--	-----

Teil E. Ehewohnung und Haushalt

§ 16 Ehewohnung (<i>Müller</i>)	911
§ 17 Haushaltssachen (<i>Müller</i>)	950

Teil F. Zugewinnausgleich

§ 18 Zugewinnausgleich (<i>Boden/Cremer</i>)	973
--	-----

Teil G. Vermögensauseinandersetzung außerhalb des Güterrechts

§ 19 Mitverpflichtung nahestehender Personen (<i>Joswig</i>)	1069
§ 20 Gesamtschuldnerausgleich (<i>Krebs</i>)	1110
§ 21 Rückabwicklung von Zuwendungen unter Eheleuten und Familienangehörigen (<i>Markwardt</i>)	1147

Inhaltsübersicht

Teil H. Versorgungsausgleich

§ 22 Versorgungsausgleich (<i>Friederici</i>)	1185
---	------

Teil I. Eheverträge und Scheidungsvereinbarungen

§ 23 Eheverträge (<i>Brambring</i>)	1217
§ 24 Scheidungsvereinbarungen (<i>Bambring</i>)	1258
§ 25 Flankierende erbrechtliche Maßnahmen zur Scheidungsvereinbarung (<i>Brambring</i>)	1285

Teil J. Nichteheliche Lebensgemeinschaft und eingetragene Lebenspartnerschaft

§ 26 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft (<i>Kleinwegener</i>)	1299
§ 27 Die eingetragene Lebenspartnerschaft (<i>Kleinwegener</i>)	1325
§ 28 Verträge für eingetragene Lebenspartnerschaften (<i>Grziwotz</i>)	1336
§ 29 Verträge für nichteheliche und nicht lebenspartnerschaftliche Lebensgemein- schaften (<i>Grziwotz</i>)	1357

Teil K. Abstammungsrecht

§ 30 Abstammungsrecht (<i>Klinkhammer</i>)	1385
--	------

Teil L. Versicherungsrecht und Steuerrecht

§ 31 Familienrecht und Versicherungsrecht (<i>Hormuth</i>)	1421
§ 32 Familienrecht und Steuerrecht (<i>Arens/Daumke</i>)	1432

Teil M. Verfahrensrecht

§ 33 Verfahren vor dem Familiengericht 1. Instanz (<i>Sarres</i>)	1493
§ 34 Verfahren vor dem Familiengericht 2. Instanz (<i>Friederici</i>)	1517
§ 35 Einstweiliger Rechtsschutz (<i>Friederici</i>)	1534

Teil N. Kosten- und Vergütungsrecht

§ 36 Gerichtskosten und Anwaltsvergütung in Familiensachen (<i>Groß</i>)	1549
--	------

Teil O. Internationales Familienrecht

§ 37 Familienrechtliche Rechtsverhältnisse mit Auslandsbezug (<i>Finger</i>)	1613
--	------

Anhang

1. Düsseldorfer Tabelle	1711
2. Unterhaltsrechtliche Leitlinien der Familiensenate in Süddeutschland (SüdL)	1717
3. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts	1727
Sachverzeichnis	1729

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Das familienrechtliche Mandatsverhältnis

§ 1 Das familienrechtliche Mandat

I. Beginn des Mandatsverhältnisses	2
1. Kontaktaufnahme und organisatorische Fragen	2
2. Mandatsannahme	3
3. Sachverhaltsaufklärung bei der Erstberatung	4
4. Kosten der Erstberatung	7
II. Außergerichtliche Tätigkeit	8
1. Organisatorische Fragen	8
2. Unterhaltsprobleme	8
3. Auskunftsverlangen und Verzug	10
4. Elterliche Sorge und Umgangsregelung	12
III. Übergang zum Verfahren vor dem Familiengericht	13
1. Wechsel von außergerichtlicher zu gerichtlicher Tätigkeit	13
2. Die einstweiligen Regelungsmöglichkeiten	14
IV. Beendigung des Mandatsverhältnisses	15
1. Einvernehmliche Beendigung	15
2. Die „streitige“ Mandatsbeendigung	22
V. Mediation	23
1. Begriff und Herkunft	23
2. Das Mediationsverfahren	25
3. Ausblick	27

§ 2 Berufsrechtliche Fragen

I. Quellen und Bedeutung des Berufsrechts	31
1. Quellen und Bedeutung	31
2. Verlautbarung der Spezialisierung im Familienrecht	31
II. Allgemeine Berufspflichten, Grundpflichten, §§ 43, 43a BRAO	33
1. Die Verschwiegenheitspflicht, § 43a Abs. 2 BRAO, § 2 BORA	34
2. Das Gebot der Sachlichkeit. Die Wahrheitspflicht, § 43a Abs. 3 BRAO	36
3. Das Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, § 43a IV BRAO; § 3 BORA	37
4. Sorgfaltspflicht bezüglich anvertrauter Vermögenswerte, § 43a V BRAO, § 4 BORA	44
III. Weitere berufsrechtliche (statusausfüllende) Pflichten	45
1. Die Annahme des Mandats, § 44 BRAO	45
2. Die Handakten des Anwalts, §§ 50 BRAO, 17 BORA	46
3. Zustellungen, § 14 BORA	47
4. Gebühren	47
5. Umgehung des Gegenanwalts, § 12 BORA	48
6. Der Mandatswechsel, § 15 BORA	49
7. Einholen einer zweiten Meinung, § 15 Abs. 3 BORA	50
8. Beauftragung eines weiteren Anwalts neben dem bisherigen Anwalt, § 15 Abs. 2 BORA	50
9. Das Ende des Mandats	51

§ 3 Die Haftung des Rechtsanwalts im Familienrecht

I. Allgemeine Hinweise	53
1. Das Verhältnis zwischen Anwalt und Mandant	53

Inhaltsverzeichnis

2. Nicht spezifisch familienrechtliche Anwaltsfehler	53
3. Berufshaftpflichtversicherung	54
II. Anwaltsfehler beim Scheidungsantrag	55
1. Erfordernis einer Scheidung	55
2. Das Trennungsjahr	55
3. Erbrechtliche Auswirkungen	55
4. Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich	56
5. Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich	57
6. Sonstige persönliche Gegebenheiten	57
III. Anwaltsfehler beim Unterhalt	57
1. Mandatsumfang abklären	57
2. Tatsächliche und rechtliche Grundlagen abklären	57
3. Unterhaltsvergleiche	58
4. Keine Geltendmachung des Unterhalts	59
5. Mangelfall erkennen	59
6. Abänderung von Unterhaltstiteln	59
7. Altersvorsorgeunterhalt	62
8. Befristung des nachehelichen Unterhalts	62
9. Unterhaltsbezeichnung nach Auskunft des Gegners	62
10. Primäre und sekundäre Darlegungslast	62
IV. Anwaltsfehler beim Zugewinnausgleich	63
1. Allgemeines	63
2. Verjährung	64
3. Stufenantrag	64
4. Die richtigen Stichtage	64
5. Anfangsvermögen	65
6. Lebensversicherungen im Zugewinn	66
7. Vergleiche über den Zugewinnausgleich	66
V. Fehler beim Versorgungsausgleich	67
1. Allgemeine Probleme beim Versorgungsausgleich	67
2. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	68
3. Steuerliche Aspekte	69
4. Wechselwirkung zwischen Versorgungsausgleich und Unterhalt	69
VI. Anwaltsfehler in Abstammungssachen	70
VII. Verfahrensfehler	71
1. Die richtige Verfahrensordnung	71
2. Das richtige Rechtsmittel	71
3. Die falsche Rechtsmittelbelehrung	71
4. Fristwahrung bei der Beschwerdeeinlegung	71
VIII. Sonstige Fehler	72
1. Gefahr der Interessenkollision	72
2. Verjährung titulierter Unterhaltsansprüche	72
3. Formwirksame Eheverträge	72
4. Krankenversicherung	72

§ 4 Rechtsanwalt und Familienrichter

I. Rechtsanwalt	75
1. Schwerpunkte	75
2. Fachanwalt für Familienrecht	77
3. Berufspflichten des Anwalts im Familienrecht	78
4. Interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Psychologen, Notaren, Steuerberatern, Rentenberatern und Jugendamt	80
II. Familienrichter	80
1. Geschäftsverteilung und Zuweisung von Aufgaben	80

Inhaltsverzeichnis

2. Großes Familiengericht	81
3. Erfahrung und Alter der Familienrichter	82
4. Ausbildung und Fortbildung	83

Teil B. Unterhaltsrecht

§ 5 Grundsätzliche Fragen des Unterhalts

I. Grundlagen	86
1. Gesetzssystematik	86
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe	87
3. Tabellen und Leitlinien	88
II. Voraussetzungen des gesetzlichen Unterhaltsanspruchs	91
1. Grundstrukturen gesetzlicher Unterhaltsansprüche	92
2. Fehlerquellen	92
III. Unterhaltsbedarf	93
1. Grundlagen	93
2. Angemessener Unterhalt	97
3. Zeitpunkt der Bedarfsbemessung	98
4. Bewertung der Haushaltsführung in der Ehe	98
5. Versorgungsleistungen für einen neuen Partner	99
IV. Auskunftsanspruch	99
1. Auskunftszeitraum	101
2. Vollstreckung der Auskunft	102
3. Muster eines umfassenden Auskunftsantrages	103
4. Auskunftsanspruch nach § 236 FamFG	104
V. Aufrechnung/Abtretung	106
VI. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	106
VII. Rückforderung von Unterhalt	107
VIII. Fälligkeit des Unterhaltes	109
IX. Unterhalt für die Vergangenheit	109
1. Verzug	109
2. Sonderbedarf	111
3. Verjährung	111
4. Verwirkung	112
X. Prozessrecht	112
1. Örtliche Zuständigkeit	112
2. Vertretung beim Kindesunterhalt	113
3. Titulierung des Unterhalts	115
4. Prozesskostenvorschuss	116
5. Abänderung von Unterhaltstiteln	118
6. Titelumschreibung	120
XI. Unterhaltsrechtliche Schnittstellen	121
1. Unterhalt und Auslandsbezug	121
2. Elterngeld (Erziehungsgeld)	122
3. Rentenversicherung	122
4. Unterhaltsleistung aufgrund Kronzeugenregelung	124
5. Leistungen aufgrund eines Körper- oder Gesundheitsschadens	125
6. Ausbildungsförderung	125
7. Sozialrecht	125
8. Steuerrecht	129
9. Unterhaltsvorschuss	130
10. Pflegeversicherung	130
11. Unterhalt und Verbraucherinsolvenz	131

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Unterhalt für minderjährige Kinder

I. Vorbemerkung	133
1. Reform des Unterhaltsrechts und des Verfahrensrechts	133
2. Frühere Rechtslage	134
II. Allgemeine Grundlagen	134
1. Der Unterhaltstatbestand	134
2. Das Eltern-Kind-Verhältnis	135
3. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten	136
4. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs, Verjährung, Verwirkung, Verzicht, Freistellung	137
III. Voraussetzungen und Inhalt des Unterhaltsanspruchs	140
1. Bedürftigkeit des minderjährigen Kindes	140
2. Art der Unterhaltsgewährung	143
3. Bestimmungsrecht der Eltern	145
4. Bedarf des minderjährigen Kindes	148
5. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	167
6. Ersatzhaftung der Großeltern	176
7. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	180
IV. Verfahrensrechtliches	183
1. Gesetzliche Vertretung des Kindes, Verfahrensstandschaft	183
2. Außergerichtliche Titulierungsmöglichkeiten	186
3. Der Verfahrenskostenvorschussanspruch	187
4. Gerichtsstand für Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder	188
5. Das vereinfachte Verfahren nach §§ 249 ff. FamFG	189

§ 7 Unterhalt für volljährige Kinder

I. Allgemeine Grundlagen	195
1. Volljährige Kinder	196
2. Grundsätze des Unterhaltsanspruchs	197
II. Das ABC	201

§ 8 Getrenntlebensunterhalt

I. Grundlagen	270
1. Entstehungsgeschichte und Anwendungsbereich des § 1361 BGB	270
2. Abgrenzung zum Familienunterhalt	271
3. Bedeutung des Güterstandes	271
4. Normzweck	271
II. Anspruchsvoraussetzungen	272
1. Getrenntleben	272
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	273
3. Maß des Unterhalts	289
4. Leistungsfähigkeit, Mangelfall und Rangfolge	305
5. Art der Unterhaltsleistung, Unterhalt für die Zukunft und die Vergangenheit, Verjährung von Unterhaltsansprüchen	318
6. Ende des Anspruchs auf Trennungsunterhalt	319
III. Verwirkung des Getrenntlebensunterhalts	321

§ 9 Geschiedenenunterhalt

I. Allgemeine Übersicht	330
II. Betreuungsunterhalt – § 1570 BGB	333
1. Tatbestand	333
2. Konkurrenzen	340
3. Darlegungs- und Beweislast	340

Inhaltsverzeichnis

III. Altersunterhalt – § 1571 BGB	342
1. Tatbestand	342
2. Konkurrenzen	345
3. Darlegungs- und Beweislast	345
IV. Unterhalt wegen Krankheit – § 1572 BGB	346
1. Tatbestand	346
2. Konkurrenzen	349
3. Darlegungs- und Beweislast	350
V. Erwerbslosigkeitsunterhalt – § 1573 Abs. 1 und 3 BGB	351
1. Tatbestand	351
2. Konkurrenzen	355
3. Darlegungs- und Beweislast	355
VI. Aufstockungsunterhalt – § 1573 Abs. 2 BGB	356
1. Tatbestand	356
2. Beispielfälle	362
3. Konkurrenzen	363
4. Darlegungs- und Beweislast	363
VII. Ausbildungsunterhalt – § 1575 Abs. 1 BGB	364
1. Tatbestand	364
2. Konkurrenzen	366
3. Darlegungs- und Beweislast	366
VIII. Billigkeitsunterhalt – § 1576 BGB	366
1. Tatbestand	366
2. Konkurrenzen	367
3. Darlegungs- und Beweislast	367
IX. Altersvorsorgeunterhalt	368
1. Grundsätzliches	368
2. Bestimmungsgemäße Verwendung	369
3. Rangverhältnis	370
4. Berechnung	370
5. Sonderfälle	371
6. Einstufige Berechnungsmethode	374
7. Rechenbeispiele zum Altersvorsorgeunterhalt	375
X. Krankenvorsorgeunterhalt	376
1. Allgemeines	376
2. Ermittlung der Beitragshöhe	376
3. Berechnung des Krankenvorsorgeunterhalts	377
XI. Verwirkung des Unterhalts nach § 1579 Nr. 1–8 BGB	378
1. Härteklausel und Rechtsfolgen	378
2. § 1579 Nr. 1 BGB: Kurze Ehedauer	381
3. § 1579 Nr. 2 BGB: Verwirkung wegen verfestigter Lebensgemeinschaft	383
4. § 1579 Nr. 3 BGB (§ 1579 Nr. 2 BGB a.F.): Verbrechen oder schwere vorsätzliche Vergehen gegen den Verpflichteten	394
5. § 1579 Nr. 4 BGB (§ 1579 Nr. 3 BGB a.F.): Verwirkung wegen mutwilliger Herbeiführung der Bedürftigkeit	398
6. § 1579 Nr. 5 BGB (§ 1579 Nr. 4 BGB a.F.): Verwirkung wegen Gefährdung der Vermögensinteressen des Verpflichteten	401
7. § 1579 Nr. 6 BGB (§ 1579 Nr. 5 BGB a.F.): Grobe Unterhaltspflichtverletzung vor der Trennung	403
8. § 1579 Nr. 7 BGB (§ 1579 Nr. 6 BGB a.F.): Verwirkung wegen schwerwiegendem, einseitigem Fehlverhalten	404
9. § 1579 Nr. 8 BGB (§ 1579 Nr. 7 BGB a.F.): Verwirkung wegen eines anderen schwerwiegenden Grundes	407
10. Billigkeitsprüfung	408
XII. Begrenzung und Befristung des Geschiedenenunterhalts	410

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsentwicklung, Normzweck und praktische Bedeutung des § 1578b BGB	410
2. Anwendungsvoraussetzungen	411
3. Rechtsfolgen	422
4. Tabellarische Übersicht über die seit dem 13.9.2001 ergangenen Entscheidungen zur Unterhaltsbegrenzung	425
5. Konkurrenzen zu §§ 1581, 1579 BGB	529
6. Darlegungs- und Beweislast	530
7. Verfahrensrechtliche Fragen	531
 § 10 Unterhaltsansprüche nicht miteinander verheirateter Eltern (§ 1615l BGB)	
I. Entstehungsgeschichte und Bedeutung des § 1615l BGB	540
II. Die Unterhaltstatbestände des § 1615l BGB	542
1. Überblick	542
2. Laufender Unterhalt	542
3. Sonderbedarf: Schwangerschafts- und Entbindungskosten (Abs. 1 S. 2)	561
III. Die Bemessung des laufenden Unterhalts	562
1. Unterhaltsbedarf	562
2. Bedürftigkeit	571
3. Leistungsfähigkeit	575
IV. Konkurrenzen	578
1. Zusammentreffen mehrerer Unterhaltsschuldner der Mutter	578
2. Zusammentreffen mehrerer Unterhaltsgläubiger des Vaters	585
V. Sonstige Fragen des materiellen Rechts	589
1. Abgrenzung der Anwendungsbereiche von § 1615l und § 1570 BGB	589
2. Mutterschaft und Vaterschaft i. S. d. § 1615l BGB	590
3. Unterhalt für die Vergangenheit	591
4. Auskunftsanspruch	592
5. Verjährung	593
6. Verwirkung	593
7. Übergangsfälle	594
8. Tod des Unterhaltspflichtigen	595
9. Tot- oder Fehlgeburt, Schwangerschaftsabbruch	596
10. Beerdigungskosten der Mutter	597
11. Unterhaltsvereinbarungen, Verzicht	597
12. Steuerliche Behandlung der Unterhaltslast	598
VI. Verfahrensrechtliche Fragen	598
1. Zum Unterhaltsverfahren	598
2. Vorläufiger Rechtsschutz	601
VII. Rechtspolitischer Ausblick	603
1. Angleichung des Betreuungsunterhalts nach § 1615l und § 1570 BGB durch UÄndG und Rechtsprechung	603
2. Fortbestehende Unterschiede zwischen § 1615l und § 1570 BGB	604
3. Verbleibender Reformbedarf	605
 § 11 Elternunterhalt und Familienunterhalt	
I. Grundlagen und Hinweise für die Rechtsanwendung	609
1. Rechtliche und tatsächliche Grundlagen	609
2. Prüfungsschema	610
II. Der Unterhaltsbedarf von Eltern	611
1. Arten	611
2. Umfang	612
III. Die Unterhaltsbedürftigkeit von Eltern	615
1. Grundlagen	615

Inhaltsverzeichnis

2. Einsatz des Einkommens	616
3. Einsatz des Vermögensstammes	619
IV. Die Leistungsfähigkeit des erwachsenen Kindes	624
1. Grundlagen	624
2. Einkommensermittlung	625
3. Einkommensbereinigung und Selbstbehalt	628
4. Einsatz des Vermögensstammes	636
V. Einschränkung der Leistungsfähigkeit durch vorrangige Unterhaltspflichten ...	643
1. Unterhaltspflicht gegenüber dem eigenen (ggf. geschiedenen) Ehegatten	643
2. Unterhaltspflicht gegenüber den eigenen Kindern	648
VI. Leistungsfähigkeit des Kindes aufgrund von Unterhaltsleistungen seines Ehegatten	651
1. Unterhaltsleistungen nach Trennung oder Scheidung	651
2. Unterhaltsleistungen während ungestörter Ehe	652
VII. Geltendmachung von Unterhaltsrückständen	656
VIII. Verwirkung des elterlichen Unterhaltsanspruchs	656
1. Grundlagen	656
2. Bedürftigkeit durch sittliches Verschulden	657
3. Frühere gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind	658
4. Vorsätzliche schwere Verfehlung gegen das Kind oder dessen nahe Angehörige	659
5. Rechtsfolgen der Verwirkung nach § 1611 BGB	660
6. Illoyal verspätete Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs	662
IX. Haftung bei Mehrheit von Unterhaltspflichtigen	664
1. Haftung des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners	664
2. Haftung von Geschwistern	666
3. Exkurs: Vorweggenommene Erbfolge und Elternunterhalt	669
X. Auskunftsansprüche	669
XI. Steuerrechtliche Gesichtspunkte	671

§ 12 Übergang von Unterhaltsansprüchen auf Sozialleistungsträger

I. Einführung	674
1. Grundsatz des Nachrangs der Sozialleistung	674
2. Sicherung des Nachrangs durch Verweisung auf Selbsthilfe	674
3. Sicherung des Nachrangs durch Verweisung auf die Hilfe anderer	677
4. Wiederherstellung des Nachrangs durch Rückgriff auf den Unterhaltsschuldner des Hilfesuchenden	678
II. Übergang von Unterhaltsansprüchen nach § 94 SGB XII	678
1. Voraussetzungen des Anspruchsübergangs	678
2. Ausschluss und Beschränkungen des Anspruchsübergangs	696
III. Übergang von Unterhaltsansprüchen nach § 33 SGB II	711
1. Voraussetzungen des Anspruchsübergangs	711
2. Ausschluss und Beschränkungen des Anspruchsübergangs	716
IV. Übergang von Unterhaltsansprüchen nach § 7 UVG	721
1. Voraussetzungen des Anspruchsübergangs	721
2. Ausschluss und Beschränkungen des Anspruchsübergangs	724
3. Durchsetzungshemmnis	727
V. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs nach §§ 94 SGB XII, 33 SGB II und 7 UVG	727
1. Die Rechtsstellung des Sozialleistungsträgers	727
2. Die Rechtsstellung des Leistungsberechtigten und des Unterhalts- pflichtigen	734
3. Gerichtliche Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs	736

Inhaltsverzeichnis

Teil C. Elterliche Sorge und Umgangsrecht

§ 13 Elterliche Sorge

I. Wesen der elterlichen Sorge	747
1. Inhalt	747
2. Rechtsnatur	747
3. Träger	748
4. Beginn	748
II. Begründung der gemeinsamen Sorge	748
1. Durch Gesetz	748
2. Durch Sorgeerklärungen	749
3. Durch gerichtliche Übertragung	751
III. Formen und Ausübung	755
1. Personensorge	755
2. Vermögenssorge	755
3. Tatsächliche Sorge und Vertretung	756
4. Meinungsverschiedenheiten	756
5. Kleines Sorgerecht des eingetragenen Lebenspartners bzw. Stiefelternteils	761
6. Berufsbetreuung gemäß §§ 1896 ff. BGB von Eltern mit minderjährigen Kindern	762
IV. Beschränkungen der elterlichen Sorge	763
1. Durch Rechtsgeschäft	763
2. Durch Gesetz	763
3. Durch gerichtliche Entscheidung	765
V. Ruhen und Beendigung	772
1. Ruhen der Sorge	772
2. Beendigung der Sorge	774
VI. Elterliche Sorge bei Getrenntleben	774
1. Grundsätzliches	774
2. Kindeswohl-schützende Verfahrensregelungen	776
3. Ausübung der gemeinsamen Sorge bei Getrenntleben	777
4. Übertragung der alleinigen Sorge bei Getrenntleben	781
VII. Streit um die Alleinsorge	786
1. Die anwaltliche Rolle im Konfliktfall	786
2. Gründe für die Aufhebung der gemeinsamen Sorge	788
3. Gründe für die Übertragung der Alleinsorge auf den Antragsteller	794
4. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	805
VIII. Ausgewählte Fragen des Verfahrensrechts	806
1. Örtliche und internationale Zuständigkeit für Sorgerechtsverfahren	806
2. Amtsermittlungsgrundsatz	809
3. Beschleunigungsgebot	810
4. Hinwirken auf Einvernehmen	811
5. Erörterung der Kindeswohlgefährdung	811
6. Verfahrensbeistand für das Kind	811
7. Sachverständigengutachten	814
8. Anhörungspflichten	819
9. Anhörung des Jugendamts	823
10. Rechtsmittel	823
11. Abänderung von Sorgerechtsentscheidungen	827
IX. Vorläufiger Rechtsschutz	829
1. Einheitliche Verfahrensregeln in §§ 49 ff. FamFG	829
2. Voraussetzungen	830
3. Regelungsgegenstand	831
4. Zuständigkeit	831

Inhaltsverzeichnis

5. Verfahren	832
6. Entscheidung	833
7. Außerkrafttreten	833
8. Rechtsbehelfe	834
X. Gebührenrecht	836
1. Verfahrenswert und Gebühren	836
2. Rechtsanwaltsbeordnung im VKH-Mandat	837
XI. Elternvereinbarungen zum Sorgerecht	839
§ 14 Umgangsrecht	
I. Einleitung	847
1. Grundsätze des Umgangsrechts	847
2. Nach der Kindschaftsrechtsreform 1998	847
3. Gesetz zur Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters	848
4. Die Rechtsprechung des BVerfG und des EGMR	848
II. Umgang zwischen Kind und Eltern, § 1684 i. V. m. § 1626 Abs. 3 BGB	850
1. Personenkreis	850
2. Das Umgangsrecht in seiner Ausgestaltung	851
3. Beschränkung und Ausschluss des Umgangs, § 1684 Abs. 4 BGB	862
4. Regelungen durch das Familiengericht	867
III. Auskunftsrecht der Eltern, § 1686 BGB	869
1. Voraussetzungen	869
2. Verfahren	870
IV. Umgangsrecht Dritter, § 1685 BGB	870
1. Personenkreis	871
2. Voraussetzungen/Grundsätze	871
V. Umgangs- und Auskunftsrecht des biologischen Vaters, § 1686a BGB	872
1. Umgangsrecht	872
2. Auskunftsrecht	874
3. Ausblick	875
VI. Verfahrensrecht	875
1. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	875
2. Verfahrenskostenhilfe und Anwaltsbeordnung	880
3. Rechtsmittel	881
4. Einstweiliger Rechtsschutz	882
VII. Abänderungsverfahren gem. § 1696 BGB	883
1. Sinn und Zweck der Vorschrift	883
2. Zuständigkeit	884
3. Abzuändernde Entscheidungen	884
VIII. Vermittlungsverfahren § 165 FamFG	884
1. Sinn und Zweck der Regelung	884
2. Verfahrensvoraussetzungen	884
3. Verfahrensablauf	885
IX. Vollstreckung gem. §§ 89 f. FamFG	885
1. Möglichkeiten der Vollstreckung	885
2. Zuständigkeit	886
3. Voraussetzungen der gerichtlichen Entscheidung	886
4. Ordnungsgeld, Ordnungshaft	886
5. Unmittelbarer Zwang § 90 FamFG	887
X. Der Anwalt im Umgangsverfahren	887
1. Die allgemeinen Pflichten	887
2. Spannungsverhältnis	888
3. Distanz	888
4. Vergütungsvereinbarung	889

Inhaltsverzeichnis

Teil D. Gewaltschutz

§ 15 Häusliche Gewalt und Gewaltschutzgesetz

I. Allgemeines	892
1. Definition der Gewalt	892
2. Die früheren Rechtsgrundlagen	892
3. Ziel des Gesetzes	892
4. Aufbau des Gesetzes	893
II. Das Gewaltschutzgesetz i. e. S.	894
1. Schutzmaßnahmen gegen Gewalt und unzumutbare Belästigungen (§ 1 GewSchG Gerichtliche Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Nachstellungen)	894
2. Wohnungsüberlassung bei Gewalt und Drohungen (§ 2 GewSchG Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung)	899
3. Konkurrenzen (§ 3 GewSchG Geltungsbereich, Konkurrenzen)	904
4. Strafvorschriften (§ 4 GewSchG)	905
III. Das gerichtliche Verfahren nach GewSchG und FamFG	906
1. Zuständigkeit	906
2. Beteiligte und Anhörung des Jugendamts	907
3. Annexentscheidungen	907
4. Einstweilige Anordnung	907
5. Vollstreckung	908
6. Mitteilung von Entscheidungen	909
7. IPR	909

Teil E. Ehewohnung und Haushalt

§ 16 Ehewohnung

I. Grundsätze	912
1. Begriff „Ehewohnung“	912
2. Mehrere Ehewohnungen	913
3. Beruflich oder gewerblich genutzte Räume	914
4. Ehewohnung nach Auszug eines Ehegatten	914
5. Bedeutung des Eigentums	915
6. Keine analoge Anwendung	915
II. Nutzung der Ehewohnung bei intakter Ehe	915
III. Nutzung der Ehewohnung bei Getrenntleben	916
1. Allgemeines	917
2. Begriff der „unbilligen Härte“	918
3. Dingliche Berechtigung	922
4. Die Interessen Dritter	922
5. Gesamtabwägung	923
6. Wohnungszuweisung	924
7. Nutzungsvergütung	924
8. Überlassungsvermutung	926
9. Verbotene Eigenmacht	927
10. Verhältnis zu Art. 1 § 2 GewSchG	928
11. Verfahren	928
IV. Nutzung der Ehewohnung nach der Ehescheidung	930
1. Allgemeines	932
2. Regelungsbedürfnis	932
3. Grundsätze richterlicher Gestaltung (§ 1568a Abs. 1 BGB)	934

Inhaltsverzeichnis

4. Allein- oder Miteigentum eines Ehegatten mit einem Dritten (§ 1568a Abs. 2 BGB)	936
5. Miteigentum beider Ehegatten	937
6. Dienst- und Werkwohnung/Genossenschaftswohnung (§ 1568a Abs. 4 BGB)	939
7. Gestaltung der Rechtsverhältnisse	941
V. Verfahrensgrundsätze	947
1. Vorbemerkungen	947
2. Allgemeines	947
3. Wohnungszuweisung als Antragsfolgesache im Scheidungsverbund	947
4. Wohnungszuweisung als isolierte Familiensache auf der Grundlage von § 1361b BGB	948
5. Abänderung	948
6. IPR	948
7. Verfahrenswerte	949
8. Vollstreckung	949
§ 17 Haushaltssachen	
I. Grundsätze	951
1. Begriff „Haushaltssache“	951
2. Eigentumserwerb und Eigentumsvermutung	954
II. Nutzungsregelung bei Getrenntleben	957
1. Anwendungsbereich des § 1361a BGB	958
2. Haushaltssachen im Alleineigentum eines Ehegatten	960
3. Haushaltssachen im gemeinsamen Eigentum	961
4. Nutzungsvergütung	962
5. Auskunftsanspruch	962
6. Verbotene Eigenmacht	962
III. Endgültige Auseinandersetzung von Haushaltsgegenständen	964
1. Zeitpunkt	965
2. Aufteilungskriterien	966
3. Ausgleichszahlung	967
4. Hausratsschulden	969
5. Herausgabe, Abholung	969
6. Frist, Verwirkung	970
7. Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnung	970
8. Nachträgliche Änderung der Entscheidung	970
9. Verfahren	971
10. IPR	972
11. Verfahrenswert	972

Teil F. Zugewinnausgleich

§ 18 Zugewinnausgleich	
I. Die Güterstände des BGB	976
1. Zugewinnngemeinschaft	976
2. Die deutsch-französische Wahl-Zugewinnngemeinschaft	977
3. Gütertrennung	977
4. Gütergemeinschaft	977
II. Mandatsannahme	978
III. Auskunfts- und Belegansprüche, § 1379 BGB	979
1. Grundsätzliches	979
2. Außergerichtliches Auskunftsverlangen	984
3. Gerichtliche Geltendmachung	988

Inhaltsverzeichnis

IV. Ausgleichsrelevantes Vermögen	999
1. Grundsatz	999
2. Ausnahmen	999
V. Bewertung von End- und Anfangsvermögen, § 1376 BGB	1007
1. Grundsätzliches	1007
2. ABC der Vermögenswerte	1007
VI. Berechnung, § 1378 Abs. 1 BGB	1036
1. Methode	1036
2. Indexierung	1037
3. Zuordnung gemeinschaftlicher Aktiva und Passiva	1040
VII. Ausgleichsforderung, § 1378 BGB	1045
1. Einvernehmliche Regelung	1045
2. Gerichtliche Durchsetzung	1045
3. Kappungsgrenze, § 1378 Abs. 2 BGB	1057
4. Einreden	1058
5. Sicherung der Ausgleichsforderung	1065

Teil G. Vermögensauseinandersetzung außerhalb des Güterrechts

§ 19 Mitverpflichtung nahestehender Personen

I. Der geschützte Personenkreis	1070
II. Formen der Mitverpflichtung zu Darlehen	1071
1. Mitschuldnerschaft	1072
2. Schuldmitübernahme und Schuldbeitritt	1074
3. Bürgschaft	1074
4. Besicherung der Hauptschuld	1075
III. Mitverpflichtung und Sittenwidrigkeit	1077
1. Sittenwidrigkeit im Verhältnis des Kreditgebers zum Mitverpflichteten	1078
2. Folgen der Sittenwidrigkeit der Hauptschuld	1096
3. Folgen sonstiger Unwirksamkeit der Hauptschuld für die Mitverpflichtung	1096
IV. Mitverpflichtung und Recht der AGB	1097
1. Die Schranke des § 307 Abs. 3 BGB	1097
2. Die Mitverpflichtung als Verbrauchervertrag	1097
3. Überraschende Klauseln § 305c Abs. 1 BGB	1098
4. angemessen benachteiligende Klauseln §§ 307 Abs. 1 und 2, 308, 309 BGB	1098
5. Folgen des Verstoßes gegen §§ 305c, 307 BGB	1100
V. Mitverpflichtung und Schadensersatzpflicht des Gläubigers	1101
1. Aufklärung bei Mitschuldnerschaft	1101
2. Aufklärung bei Bürgschaft und Schuldbeitritt	1101
3. Aufklärung bei Besicherung der Hauptschuld mittels Sachsicherheiten	1102
4. Folgen der Verletzung einer Aufklärungspflicht	1103
5. Schadensersatz wegen Sittenwidrigkeit der Mitverpflichtung	1103
VI. Beendigung der Mitverpflichtung	1103
1. Erreichung des Vertragszwecks	1103
2. Kündigung	1103
3. Der Befreiungsanspruch aus § 775 BGB	1104
4. Das Ablösungsrecht	1104
5. Beratungsscheckliste für das Verhältnis Gläubiger – Mitverpflichteter	1104
VII. Das Mandat im Verhältnis zu anderen Mitverpflichteten	1106
1. Information zur Person des weiteren Mitverpflichteten	1106
2. Information zu Wirksamkeit und Inhalt der weiteren Mitverpflichtung	1106

Inhaltsverzeichnis

3. Ausgleich zwischen mehreren Mitverpflichteten	1107
4. Prozessuales und Kostenfragen	1108
5. Beratungsscheckliste für das Verhältnis zu anderen Mitverpflichteten	1108

§ 20 Gesamtschuldnerausgleich

I. Vermögensauseinandersetzung nach Scheitern der Ehe	1111
1. Einleitung: Güterrechtlicher Ausgleich – allg. Vermögensausgleich	1111
2. Anwendungsbereich des sonstigen Ausgleichs	1114
3. Das anzuwendende Recht/Überlagerung durch die Ehe	1114
4. Der maßgebliche Zeitpunkt des Scheiterns	1118
5. Zuständigkeit	1119
6. Überblick über die Darstellung	1121
II. Gesamtschuldnerausgleich unter Ehegatten	1121
1. Begründung der Gesamtschulden/Außenverhältnis – Innenverhältnis	1121
2. Anspruchsgrundlagen des Innenausgleichs	1122
3. Durchsetzung des Anspruchs und Folgen der Nicht/Schlechterfüllung	1123
III. Die Besonderheiten bei Gesamtschulden unter Eheleuten	1124
1. Situation während intakter Ehe	1124
2. Situation nach Scheitern der Ehe	1125
3. Kein Ausgleichsanspruch für die Zeit vor Scheitern der Ehe	1126
4. Weitere Regeln und Beurteilungskriterien	1127
5. Anderweitige Bestimmung nach Scheitern der Ehe – Überblick	1127
IV. Die praktisch bedeutsamen Fallgruppen	1128
1. Darlehen für das gemeinsame Familienheim	1128
2. Anschaffungsdarlehen – Konsumentenkredite	1129
3. Gemeinsame Verbindlichkeiten im alleinigen Interesse eines Ehegatten	1132
4. Mietschulden	1132
5. Anderweitige Bestimmung durch Unterhaltsregelungen	1133
6. Steuerschulden/Steuererstattungen	1136
V. Gesamtschuldnerausgleich – Zugewinnausgleich	1136
1. Verhältnis des Gesamtschuldnerausgleichs zum Zugewinnausgleich	1136
2. Auswirkung des Gesamtschuldnerausgleichs auf den Zugewinn	1137
3. Anderweitige Bestimmung durch die Handhabung des Gesamtschuldnerausgleichs beim Zugewinn?	1141
VI. Geltendmachung des Ausgleichsanspruchs – das anwaltliche Mandat	1142
1. Checkliste zur Prüfung des Ausgleichsanspruchs	1142
2. Möglichkeiten der Geltendmachung des Ausgleichsanspruchs	1142
3. Die Wahl des zweckmäßigen Wegs	1143
4. Problematische Fragen – Haftungsfragen	1145

§ 21 Rückabwicklung von Zuwendungen unter Eheleuten und Familienangehörigen

I. Grundlagen	1148
1. Zuwendungen unter Ehegatten	1148
2. Zuwendungen zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern	1150
II. Rückabwicklung von Zuwendungen unter Eheleuten	1150
1. Schenkung	1150
2. Treuhandvertrag	1153
3. Darlehen	1154
4. Bruchteilsgemeinschaft	1154
5. Ehebezogene Zuwendung	1156
6. Die Ehegatteninnengesellschaft	1165
7. Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	1172
8. Schema der Ausgleichsansprüche	1174

Inhaltsverzeichnis

III. Rückabwicklung von Zuwendungen zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern	1175
1. Zuwendungen von Schwiegereltern an Schwiegerkinder	1175
2. Zuwendungen von Schwiegerkindern an Schwiegereltern	1179
IV. Muster für Verfahrensanträge	1181
1. Antrag auf Ausgleich einer ehebezogenen Zuwendung bei Zugewinn- gemeinschaft	1181
2. Antrag auf Rückforderung einer ehebezogenen Zuwendung bei Güter- trennung	1182
3. Stufenantrag auf Ausgleich bei einer Ehegatteninnengesellschaft	1183

Teil H. Versorgungsausgleich

§ 22 Versorgungsausgleich

I. Entwicklung des Versorgungsausgleichs	1186
1. Stichtagsregel bis 30.6.1977	1186
2. Stichtagsregel bis 31.12.1991 (Beitrittsgebiet)	1186
3. Neuregelung ab 1.9.2009	1186
II. Allgemeine Grundlagen des Versorgungsausgleich	1187
1. Halbteilung (§ 1)	1187
2. Auszugleichende Anrechte (§ 2)	1187
3. Ehezeit (§ 3)	1189
4. Auskunftsansprüche (§ 4)	1191
5. Ehezeitanteil und Ausgleichswert (§ 5)	1191
III. Vereinbarungen (§§ 6–8)	1192
1. Vereinbarung nach alter Rechtslage	1192
2. Vereinbarungen nach neuem Recht	1193
3. Regelungsgehalt	1193
IV. Wertausgleich bei Scheidung (§§ 9–17)	1196
1. Grundsatz der internen Teilung	1196
2. Externer Ausgleich (§§ 14–17)	1198
V. Ausnahmen (§§ 18, 19)	1200
1. Geringfügigkeit (§ 18)	1200
2. Fehlende Ausgleichsreife (§ 19)	1201
VI. Wertausgleich nach Scheidung (schuldrechtlicher Ausgleich)	1202
1. Grundlagen des Ausgleichs nach der Scheidung	1202
2. Abfindung	1203
3. Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	1204
VII. Beschränkung oder Wegfall (§ 27)	1205
VIII. Ergänzende Vorschriften (§§ 28–31)	1206
1. Private Vorsorge wegen Invalidität (§ 28)	1206
2. Leistungsverbot für Versorgungsträger (§ 29)	1207
3. Schutz des Versorgungsträgers (§ 30)	1207
4. Tod eines Ehegatten (§ 31)	1208
IX. Anpassung nach Rechtskraft	1208
1. Anpassungsfähige Anrechte (§ 32)	1209
2. Anpassung wegen Unterhalt (§§ 33, 34)	1209
3. Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36)	1210
4. Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person (§§ 37, 38)	1210
X. Abänderung nach Rechtskraft (§§ 51 VersAusglG, 225 FamFG)	1210
1. Abänderung von Altentscheidungen (§ 51)	1211
2. Abänderung des Wertausgleichs bei Scheidung (§ 225 FamFG)	1212
XI. Verfahrensrechtliche Hinweise	1213
1. Scheidungsverbund	1214

Inhaltsverzeichnis

2. Isolierte Verfahren	1214
3. Kosten und Geschäftswerte	1215

Teil I. Eheverträge und Scheidungsvereinbarungen

§ 23 Eheverträge

I. Allgemeine Hinweise zu Eheverträgen	1218
1. Mandatsannahme	1218
2. Begriff und Abgrenzung zu anderen Verträgen	1221
3. Form des Ehevertrages	1222
4. Grenzen der Ehevertragsfreiheit – Inhaltskontrolle von Eheverträgen	1223
II. Vereinbarungsmöglichkeiten im Ehevertrag	1227
1. Zu den allgemeinen Wirkungen der Ehe	1227
2. Vereinbarungsmöglichkeiten zum Zugewinnausgleich	1228
3. Vereinbarungsmöglichkeiten zum nachehelichen Ehegattenunterhalt	1237
4. Vereinbarungsmöglichkeiten zum Versorgungsausgleich	1246
III. Typische Ehevertragsgestaltungen	1252
1. Die Präambel im Ehevertrag	1252
2. Der Ehevertrag junger Eheleute	1253
3. Der Ehevertrag bei Eheschließung im fortgeschrittenen Alter	1254
4. Der Ehevertrag des Unternehmers/Freiberufers	1254
5. Der Ehevertrag mit Auslandsberührung	1255
6. Der deutsch-französische Wahlgüterstand	1256

§ 24 Scheidungsvereinbarungen

I. Allgemeine Hinweise zu Scheidungsvereinbarungen	1258
1. Ehevertrag/Getrenntlebensvereinbarung/Scheidungsvereinbarung	1258
2. Beratungsaspekte	1260
3. Inhaltskontrolle von Scheidungsvereinbarungen	1265
II. Vereinbarungsmöglichkeiten bei Scheidung der Ehe	1266
1. Elterliche Sorge	1267
2. Kindesunterhalt	1267
3. Zugewinnausgleich und Vermögensauseinandersetzung	1269
4. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	1273
5. Vereinbarungsmöglichkeiten zum Versorgungsausgleich	1277

§ 25 Flankierende erbrechtliche Maßnahmen zur Scheidungsvereinbarung

I. Regelungsbedarf	1285
II. Das gesetzliche Erb- und Pflichtteilsrecht des Ehegatten	1286
III. Der Ausschluss des gesetzlichen Ehegattenerbrechts nach § 1933 BGB	1288
1. Anwendungsbereich	1288
2. Die formellen Voraussetzungen	1289
3. Die materiellen Voraussetzungen	1290
4. Die Rechtsfolgen	1290
IV. Ausschluss des Ehegattenerbrechts bei gewillkürter Erbfolge nach § 2077 BGB	1291
V. Widerruf oder Aufhebung einer früheren Verfügung von Todes wegen	1292
1. Der gemeinsame Widerruf	1292
2. Der Erbverzicht lässt eine letztwillige Verfügung unberührt	1292
3. Der Widerruf eines Einzeltestaments	1292
4. Der Widerruf eines gemeinschaftlichen Testaments	1293
5. Der Rücktritt vom Erbvertrag	1293
6. Anfechtung des Erbvertrages	1294

Inhaltsverzeichnis

7. Die Ausnahme des § 2077 Abs. 3 BGB	1295
8. Lebensversicherung mit Bezugsberechtigung des Ehegatten	1295
9. Widerruf von Vollmachten	1295
VI. Der Erb- und Pflichtteilsverzichtsvertrag	1296
1. Wirkungen und Voraussetzungen	1296
2. Erbverzicht und Ehegattenunterhalt nach § 1586b BGB	1296
3. Inhaltskontrolle	1297

Teil J. Nichteheliche Lebensgemeinschaft und eingetragene Lebenspartnerschaft

§ 26 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft

I. Einleitung	1301
1. Soziologische und rechtliche Akzeptanz	1301
2. Verfassungsrechtlicher Schutz	1302
II. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft/Abgrenzung zu anderen Gemeinschaftsformen	1302
1. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1302
2. Abgrenzungsfragen	1303
III. Rechtsgrundlagen bei Bestehen und Auseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1303
1. Gesetzliche Regelung	1303
2. Analogie der eherechtlichen Vorschriften	1304
3. Analogie zum Verlöbnis	1304
4. Vertrag sui generis	1304
5. BGB-Gesellschaft	1304
6. Wegfall der Geschäftsgrundlage	1305
7. Schenkungswiderruf	1305
8. Bereicherungsrecht	1306
IV. Beginn der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1306
1. Faktisches Handeln	1306
2. Wirtschaftliches Handeln	1306
V. Ende der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1307
1. Trennung	1307
2. Eheschließung	1307
3. Tod	1307
VI. Nichteheliche Lebensgemeinschaft und Wohnraummiete	1307
1. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als Mieter	1307
2. Ein Partner als Untermieter/Ein Partner als Mieter	1308
VII. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft und Grundbesitz	1309
1. Erwerb und Besicherung	1309
2. Nutzungsregelung	1310
VIII. Eigentum/Schenkungen/Zuwendungen/Finanzen	1310
1. Eigentum	1310
2. Schenkungen/Zuwendungen und Rückforderungen	1312
3. Vertragliche Regelungen	1313
4. Konto	1313
IX. Vollmacht/Vertretung	1314
1. Postempfangsvollmacht	1314
2. Generalvollmacht	1314
3. Schweigepflichtentbindungserklärung	1314
4. Krankheitsvollmacht	1314
5. Betreuungsvollmacht	1315
6. Bankvollmacht für den Fall des Ablebens	1315
7. Vorsorgevollmacht	1315

Inhaltsverzeichnis

X. Sozialhilfe/Verwaltungsrecht	1315
1. Sozialhilfe	1315
2. Wohngeld und Sozialwohnung	1315
3. Arbeitslosigkeit	1315
4. Bundeserziehungsgeldgesetz	1315
5. Familienprivileg	1316
6. Kindergeld	1316
7. Kinderpflegekrankengeld	1316
XI. Altersvorsorge	1316
1. Versorgungsausgleich	1316
2. Sonstige Regelungen	1317
XII. Vaterschaft	1317
1. Vaterschaftsanerkennung	1317
2. Ausschluss der Vaterschaft gem. § 1599 BGB	1318
3. Vaterschaftsfeststellungsverfahren	1318
XIII. Steuerrechtliche Situation der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1318
1. Vergleich zur Ehe	1318
2. Steuervergünstigungen	1318
3. Erbschafts- und Schenkungssteuer	1319
XIV. Versicherungsrechtliche Situation	1319
1. Gesetzliche Krankenversicherung	1319
2. Privathaftpflichtversicherung	1319
3. Kfz-Versicherung/Rechtsschutzversicherung/Schadensersatzansprüche/ Haftungsfragen	1319
XV. Erbrecht	1320
1. Testament	1320
2. Erbvertrag	1321
3. Beeinträchtigende Schenkungen	1321
4. Erbrecht des nichtehelichen Kindes	1321
XVI. Internationales Privatrecht	1321
1. Anwendbares Recht	1321
2. Rechtswahl bei Partnerschaftsverträgen	1322
XVII. Die nichteheliche Partnerschaft im Ausländerrecht	1322
1. Aufenthaltserlaubnis/Einbürgerung	1322
2. Ausweisung/Abschiebung	1322
XVIII. Zuständigkeiten, Kosten und Gebühren	1323
1. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	1323
2. Gebühren	1323
3. Prozesskostenhilfe	1323
4. Streitgegenstand/Streitwert	1324

§ 27 Die eingetragene Lebenspartnerschaft

I. Einführung	1326
II. Begründung	1329
1. Form	1329
2. Voraussetzungen	1329
III. Wirkungen und Inhalte	1330
1. Lebenspartnerschaftsname	1330
2. Unterhalt	1330
3. Vermögensstand	1330
4. Vertrag	1331
5. Sonstiges	1331
IV. Trennung	1332
1. Unterhalt	1332

Inhaltsverzeichnis

2. Hausrat	1333
3. Wohnung	1333
V. Aufhebung	1333
1. Rechtsfolgen der Aufhebung	1334
2. Verfahrensrecht	1334

§ 28 Verträge für eingetragene Lebenspartnerschaften

I. Mandatsannahme	1337
II. Beratungs- und Regelungsbedarf	1338
1. Definition der Lebenspartnerschaft und Vertragsgestaltung	1338
2. Typenbildung und Regelungsbereiche	1339
3. Die Form des Lebenspartnerschaftsvertrages	1340
4. Sittenwidrigkeit und Inhaltskontrolle von Lebenspartnerschaftsverträgen	1342
III. Regelungsbereiche und Probleme bei der Gestaltung des Lebenspartnerschafts- vertrages	1344
1. Probleme der fehlenden völligen Gleichstellung mit der Ehe	1344
2. Lebenspartnerschaftsvertragsbegriff	1345
3. Vereinbarungen zum Güterstand und zur Verfügungsbefugnis	1345
4. Die Regelung der persönlichen Beziehungen	1347
5. Vollmachten zu Gunsten des Lebenspartners	1349
6. Unterhalt und Altersvorsorge	1349
7. Kinder	1352
8. Erbrechtliche Sicherung und Erbrechtsfallen	1353
9. Hinweise und Belehrungen	1355
IV. Kosten	1356
1. Notarkosten	1356
2. Rechtsanwaltsgebühren	1356

§ 29 Verträge für nichteheliche und nicht lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaften

I. Mandatsannahme	1359
II. Beratungs- und Regelungsbedarf	1359
1. Definition der Lebensgemeinschaft und Vertragsgestaltung	1359
2. Motiverforschung, Regelungsumfang und typische Fallgruppen	1363
3. Die Form des Partnerschaftsvertrages	1364
4. Sittenwidrigkeit und Inhaltskontrolle von Partnerschaftsverträgen	1365
III. Regelungsbereiche und Probleme bei der Gestaltung des Partnerschafts- vertrages	1366
1. Präambel, Beginn und Beendigung der Partnerschaft, insbesondere Abfindungsklauseln und Vertragsstrafen	1366
2. Die Regelung der persönlichen Angelegenheiten (sexuelle Kontakte, Empfängnisverhütung und Lebensgestaltung) und der Haftung	1368
3. Vollmachten zu Gunsten des Partners	1369
4. Wohn- und Haushaltsgemeinschaft	1371
5. Vermögensverhältnisse, Arbeitsfälle und Verbindlichkeiten	1373
6. Zuwendungen und ihr späterer Ausgleich bei einer Trennung	1374
7. Unterhalt während oder nach einer Trennung sowie Alterssicherung	1375
8. Kinder in der Lebensgemeinschaft (gemeinsame Kinder, Adoptivkinder und Stiefkinder), gemeinsame Sorge und soziale Elternschaft	1376
9. Verfügungen von Todes wegen zu Gunsten des Partners	1378
10. Hinweise, Belehrungen	1381
IV. Gestaltungsprobleme für Ehe-, Lebenspartnerschafts- und Partnerschafts- verträge im Hinblick auf ein vorausgehendes Zusammenleben	1381
V. Kosten	1383

Inhaltsverzeichnis

1. Notarkosten	1383
2. Rechtsanwaltsgebühren	1383

Teil K. Abstammungsrecht

§ 30 Abstammungsrecht

I. Einleitung	1386
II. Mutterschaft	1387
III. Vaterschaft	1388
1. Vaterschaft kraft Ehe mit der Mutter	1389
2. Vaterschaft kraft Anerkennung	1389
3. Vaterschaft kraft gerichtlicher Feststellung	1391
IV. Anfechtung der Vaterschaft	1402
1. Entbehrlichkeit der Anfechtung bei Scheidung	1402
2. Antragsbefugnis, gesetzliche Vertretung, Verfahrensfähigkeit	1403
3. Beteiligte, Verfahrensbeistand des Kindes	1405
4. Besondere Zulässigkeits- und Begründetheitsvoraussetzungen	1406
5. Anfechtungsfrist	1408
6. Darlegungs- und Beweislast, Schlüssigkeit (Anfangsverdacht), Beweis- fragen	1411
7. Verfahrenskostenhilfe	1414
8. Muster: Vaterschaftsanfechtungsantrag	1415
9. Besonderheiten der gerichtlichen Entscheidung	1416
10. Postmortale Vaterschaftsanfechtung	1416
11. Rechtskraft der stattgebenden und abweisenden Entscheidung	1417
12. Folgen der erfolgreichen Vaterschaftsanfechtung	1417
V. Weitere Ansprüche/ Verfahren im Zusammenhang mit der Abstammung	1418
1. Abstammungsklä rung ohne Statuswirkung	1418
2. Sonstiges	1419

Teil L. Versicherungsrecht und Steuerrecht

§ 31 Familienrecht und Versicherungsrecht

I. Einleitung	1421
II. Allgemeine Grundsätze	1421
1. Mitversicherung von Ehegatten und Familienangehörigen	1421
2. Mehrfachversicherung	1422
3. Rückgriff des Schadenversicherers	1423
4. Ehegatte als Repräsentant	1423
5. Versicherungsbedingungen	1424
III. Die einzelnen Versicherungssparten	1424
1. Privathaftpflichtversicherung	1424
2. Hausratversicherung	1425
3. Kraftfahrtversicherung	1425
4. Lebensversicherung	1426
5. Rechtsschutzversicherung	1429
6. Krankenversicherung	1429
7. Unfallversicherung	1430

§ 32 Familienrecht und Steuerrecht

I. Unterhaltsleistungen im System des Einkommensteuerrechts	1434
II. Unterhalt als außergewöhnliche Belastung	1435

Inhaltsverzeichnis

1. Gemeinsame Regelungen für Kindes- und Ehegattenunterhalt	1435
2. Kindesunterhalt als außergewöhnliche Belastung	1444
3. Ehegattenunterhalt als außergewöhnliche Belastung	1446
4. Unterhalt bei eheähnlicher Lebensgemeinschaft	1448
III. Steuerliche Voraussetzungen und steuerliche Probleme des begrenzten Realsplittings	1449
1. Steuerliche Voraussetzungen	1449
2. Einkommensteuerliche Probleme im Zusammenhang mit dem begrenzten Realsplitting	1451
IV. Familienrechtliche Aspekte des begrenzten Realsplittings	1453
1. Familienrechtliche Voraussetzungen des begrenzten Realsplittings	1453
2. Familienrechtliche Folgen des begrenzten Realsplittings	1459
V. Kindbedingte Erleichterungen	1466
1. Kindergeld	1466
2. Kinderfreibeträge	1469
VI. Einführung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELSTAM)	1471
1. Lohnsteuerklassen	1472
2. Faktorverfahren nach §§ 39 f. EStG	1473
3. Einkommensgrenze bei Kindergeld und Kinderfreibetrag bis einschließlich VZ 2011	1474
4. Kinderbetreuungskosten – Rechtslage bis einschließlich VZ 2011	1476
5. Kinderbetreuungskosten ab VZ 2012 (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG)	1477
6. Zuordnung der Aufwendungen	1478
7. Rechtsprechung: BFH-Urteil vom 18.4.2013 zur Kindergeldberechtigung bei mehrfacher Haushaltsaufnahme eines Kindes	1480
8. Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b EStG	1480
VII. Betreuungsgeld	1483
VIII. Lohnsteuerliche Behandlung der Familienpflegezeit	1484
1. Arbeitszeitverringerung und Entgeltaufstockung während der Familienpflegezeit	1484
2. Nachpflegephase	1484
3. Zinsloses Darlehen an den Arbeitgeber	1484
4. Beitragszahlungen zur Familienpflegezeitversicherung	1484
5. Leistungen der Familienpflegezeitversicherung	1485
6. Erstattungen des Arbeitnehmers	1485
7. Prämienvorteile durch einen Gruppenversicherungsvertrag	1485
8. Erlöschen des Ausgleichsanspruchs	1485
IX. Elterngeld	1485
1. Grundlagen	1485
2. Änderungen beim Elterngeld ab 1. Januar 2013	1486
X. Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs	1487
1. Interne Teilung (§ 3 Nr. 55a EStG – neu)	1488
2. Externe Teilung (§ 3 Nr. 55b EStG – neu)	1488
3. Weitere Änderungen des Einkommensteuerrechts	1489
4. BFH-Rechtsprechung zur Abfindung des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs	1491

Teil M. Verfahrensrecht

§ 33 Verfahren vor dem Familiengericht 1. Instanz

I. Das Scheidungsverfahren	1494
1. Familiengericht, FamFG und Verbundprinzip	1494
2. Besondere Verfahrensregeln/Untersuchungsgrundsatz	1500
II. Der Scheidungsverbund, § 137 FamFG	1501

Inhaltsverzeichnis

1. Zwangsverbund und freiwilliger Verbund: Überblick	1501
2. Scheidungsverbund und sonstige Folgesachen	1502
3. Verbundsache Unterhalt	1504
4. Verbundsache Zugewinnausgleich	1506
III. Vorabentscheidung über den Scheidungsantrag: Abtrennung von Folgesachen, Anwaltszwang und Rechtsmittel	1508
1. Abtrennungsfälle des § 140 FamFG im Überblick	1508
2. Abtrennungsmöglichkeiten gemäß § 140 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1–5, Abs. 3 FamFG	1508
3. Spezielle Fallgruppen aus § 628 Abs. 1 Ziffer 4 ZPO (§ 140 Abs. 2 Nr. 5 FamFG)	1508
IV. Scheidungsverfahren und Verfahrenskostenhilfe	1510
1. Übersicht: Regelungen zur Verfahrenskostenhilfe	1510
2. Scheidungsverfahren und Verfahrenskostenhilfe	1511
V. Rechtsprechung und Verfahrenskostenhilfe	1513
VI. Der Scheidungsantrag gemäß FamFG	1513
VII. Die Vorbereitung des Scheidungsprozesses	1513
VIII. Der notwendige Inhalt der Antragsschrift gemäß § 133 FamFG	1514
IX. Missbrauchsmöglichkeiten beim Scheidungsantrag?	1514
X. Muster einer Antragsschrift	1515
XI. Fazit	1516
 § 34 Verfahren vor dem Familiengericht 2. Instanz	
I. Grundzüge der Beschwerde	1517
1. Statthaftigkeit der Beschwerde	1518
2. Beschwerde	1519
3. Beschwerdefrist	1520
4. Einlegung der Beschwerde	1520
5. Keine Begründungspflicht	1521
6. Gang des Verfahrens	1521
7. Entscheidung über die Beschwerde	1522
8. Anschlussbeschwerde	1523
9. Wiedereinsetzung	1523
10. Gehörsrüge	1524
II. Grundzüge der Rechtsbeschwerde	1524
1. Zulassungsfreie Rechtsbeschwerde	1525
2. Zulassung der Rechtsbeschwerde	1525
3. Sprungrechtsbeschwerde	1526
III. Rechtsmittel in Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen	1526
1. Rechtsmittel in fG-Sachen	1527
2. Rechtsmittel in Ehesachen und Familienstreitsachen	1528
IV. Kosten der Beschwerdeinstanz	1530
1. Besonderheiten in Ehesachen	1531
2. Besonderheiten in Abstammungssachen	1531
3. Besonderheiten in Unterhaltssachen	1532
V. Kostenfestsetzung	1532
 § 35 Einstweiliger Rechtsschutz	
I. Allgemeine Grundlagen	1534
1. Entwicklung des vorläufigen Rechtsschutzes in Familiensachen	1534
2. Grundlagen nach dem FamFG	1535
II. Grundlagen der einstweiligen Anordnung	1536
1. Einleitung des Verfahrens	1536
2. Zuständigkeit	1537

Inhaltsverzeichnis

3. Anordnungsanspruch	1538
4. Anordnungsgrund	1539
5. Begründung und Glaubhaftmachung	1539
6. Inhalt der Anordnung	1539
7. Verfahren	1540
III. Aufhebung oder Abänderung	1541
IV. Einleitung des Hauptsacheverfahren	1542
V. Außerkrafttreten	1542
VI. Negative Feststellungsverfahren	1543
VII. Ergänzende/abweichende Regelungen für Familiensachen	1543
1. Kindschaftssachen	1544
2. Wohnungszuweisung und Haushaltssachen	1544
3. Gewaltschutzsachen	1544
4. Versorgungsausgleich	1545
5. Unterhaltssachen	1545
6. Güterrechtssachen	1546
7. Sonstige Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen	1547
VIII. Vollstreckung	1547

Teil N. Kosten- und Vergütungsrecht

§ 36 Gerichtskosten und Anwaltsvergütung in Familiensachen

I. Grundbegriffe des allgemeinen Gebührenrechts und Besonderheiten des Gebührenrechts in Ehe- und Familiensachen, Lebenspartnerschaftssachen	1551
1. Grundbegriffe des allgemeinen Gebührenrechts	1551
2. Besonderheiten in Ehe- und Familiensachen, Lebenspartnerschaftssachen	1559
II. Die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts	1562
1. Beratung, Gutachten, Mediation, § 34 RVG	1562
2. Außergerichtliche Vertretung, Nr. 2300 VV-RVG	1565
3. Abgrenzung außergerichtliches – gerichtliches Mandat: der unbedingte Verfahrensauftrag	1569
III. Die gerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts (Hauptsacheverfahren 1. Instanz)	1571
1. Gebühren bei unbedingtem Verfahrensauftrag: Teil 3 VV-RVG	1571
2. Die familienrechtlichen Verfahren im Einzelnen – Besonderheiten bei den Gebühren, Gegenstandswerte	1572
IV. Außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts – Streitverhütung – vorsorgende Rechtspflege	1587
1. Gebühren	1587
2. Gegenstandswerte	1587
V. Vereinbarungen, insbesondere Einigungen	1588
1. Gebühren	1588
2. Gegenstandswerte	1592
3. Der Anwaltsvergleich § 796a ZPO i. V. m. § 113 Abs. 1 FamFG	1595
4. Gerichtskosten	1595
VI. Eilverfahren	1595
1. Die einstweilige Anordnung	1596
2. Der Arrest	1597
3. Gerichtskosten	1598
4. Rechtsmittel	1598
5. Eilverfahren und Verfahrenskostenhilfe	1598
6. Rechenbeispiele	1598
VII. Rechtsmittel: Gebühren, Werte	1600
1. Gebühren	1600

Inhaltsverzeichnis

2. Gegenstandswerte, §§ 39, 40 FamGKG	1600
3. Gerichtskosten	1602
VIII. Mediation	1602
1. Das Honorar des Anwaltsmediators	1602
2. Das Honorar der vertretenden Anwälte	1602
IX. Beratungshilfe, Verfahrenskostenhilfe	1602
1. Beratungshilfe, § 44 RVG, Nr. 2500 ff. VV-RVG Beratungshilfegesetz (BerHG) vom 18.6.1980 i. d. F. v. 31.8.2013	1602
2. Verfahrenskostenhilfe, §§ 45 ff. RVG; Nr. 3335, 3337; Vorb. VV 3.3.6; Vorb. 3 Abs. 3 VV-RVG; § 23a RVG	1605
X. Wert- und Kostenfestsetzungsverfahren	1610
1. Wertfestsetzung	1610
2. Kostenfestsetzung	1611

Teil O. Internationales Familienrecht

§ 37 Familienrechtliche Rechtsverhältnisse mit Auslandsbezug

I. Vorbemerkung	1616
1. Grundsätze; Reform 1986 – weitere Reformen ab 2000/2001	1616
2. Ermittlungspflichten dt. Gerichte	1620
3. Auslandsbezug; grenzüberschreitende Wirkung	1621
4. Mehrfache Staatsangehörigkeit – Effektivität, Art. 5 Abs. 1 EGBGB	1623
5. Flüchtlinge; Asylberechtigte; Staatenlose – dt. Personalstatut	1623
6. Vorfrage; Qualifikation/Anpassung	1623
7. Rückverweisung; Weiterverweisung	1624
8. Ordre public	1625
9. Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen/Europarecht	1625
10. Internat. Verfahrensrecht	1626
11. Anwaltliche Haftpflichtversicherung/Rechtsschutz	1626
12. Rechtsschutzversicherung	1627
II. Persönliche Ehwirkungen	1627
1. Art. 14 Abs. 1 EGBGB	1627
2. Einzelne persönliche Ehwirkungen	1631
3. Verfahrensrecht	1632
4. Nichteheliche Lebensgemeinschaften/registrierte Partnerschaft	1634
III. Eheliches Güterrecht	1634
1. Art. 15 EGBGB	1634
2. Rechtswahl	1637
3. Einzelne güterrechtliche Rechtsbeziehungen	1641
4. G v. 4.8.1969 mit Änderungsplänen	1642
5. Übergangsbestimmungen – Art. 220 EGBGB, Art. 234 § 4 EGBGB	1643
6. Art. 16 EGBGB	1643
7. Geplante Neuregelungen durch europ. Rechtsverordnung	1644
8. Internationales Verfahrensrecht	1644
IV. Ehescheidung	1646
1. Art. 17 EGBGB; insbes. Verfahrenseinleitung vor dem 21.6.2012	1646
2. Voraussetzungen, Hauptfolgen und Nebenfolgen der Scheidung	1650
3. Besonderheiten bei der Ehescheidung nach ausl. Recht; Folgen für uns, insbes. Art. 6 EGBGB	1651
4. Trennung von Tisch und Bett; gerichtl. Bestätigung einer einvernehmlichen Trennung	1656
5. VO Nr. 1259/2010 (Rom III), Verstärkte Zusammenarbeit im Scheidungs- kollisionsrecht; Antragstellung nach dem 21.6.2012	1659
6. Eheaufhebung/Ehenichtigkeit; Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe; insbesondere: Scheinehe	1665

Inhaltsverzeichnis

7. Versorgungsausgleich, Art. 17 Abs. 3 EGBGB; Antragstellung vor dem 21.6.2012	1667
8. Verfahrensrecht	1670
V. Registrierte Lebenspartnerschaft	1677
1. Art. 17b EGBGB	1677
2. Einzelne Partnerschaftsfolgen	1678
3. Verfahrensrecht	1678
VI. Unterhalt	1679
1. Art. 18 EGBGB – Forderungen bis 18.6.2011; HUÜ 1973	1679
2. EuUnterhaltsVO; Haager Unterhaltsprotokoll (HUP), Ansprüche nach dem 18.6.2011	1683
3. Verfahrensrecht	1687
VII. Elterliche Sorge; Umgangsbefugnisse	1691
1. Art. 21 EGBGB	1691
2. Insbesondere: MSA/KSÜ	1692
3. Internat. Kindesentführung – HKiEntÜ	1695
4. ESorgeÜ	1699
5. Deutsches Ausführungsgesetz	1700
6. Kosten	1701
7. Grenzüberschreitende Besuche	1701
8. Verfahrensrechtliche Einzelheiten im Scheidungsverfahren in Deutschland in allgemeine Bestimmungen kindschaftsrechtlichen Angelegenheiten	1701
VIII. Abstammung; Anfechtung der Abstammung	1703
1. Abstammung	1703
2. Anfechtung der Abstammung	1703
3. Konkurrenzen	1704
4. Verfahrensrecht	1705
IX. Annahme als Kind	1706
1. Art. 22 EGBGB	1706
2. Zustimmungserfordernisse, Art. 23 EGBGB	1707
3. Verfahrensrecht	1707
X. Vormundschaft; Betreuung; Pflegschaft	1709

Anhang

1. Düsseldorfer Tabelle	1711
2. Unterhaltsrechtliche Leitlinien der Familiensenate in Süddeutschland (SüdL)	1717
3. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts	1727
Sachverzeichnis	1729